

40 Jahre nach dem Sechstagekrieg



ISRAELS FRIEDENSBEMÜHUNGEN
DAUERN AN

AMERICAN JEWISH COMMITTEE

40 Jahre nach dem Sechstagekrieg

**ISRAELS FRIEDENSBEMÜHUNGEN
DAUERN AN**

Das American Jewish Committee wurde 1906 von einer Gruppe amerikanischer Juden deutscher Herkunft gegründet, die über Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung Russlands entsetzt waren. Nach Überzeugung der Gründer lag der beste Weg, Juden in Russland und anderswo zu schützen, darin, an einer Welt zu arbeiten, in der alle Völker gleichermaßen Achtung und Würde genießen. So setzt sich das American Jewish Committee bis heute für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus und gegenseitigen Respekt über ethnische, religiöse und nationale Grenzen hinweg ein. Neben seiner New Yorker Zentrale und seinem politischen Hauptquartier in Washington unterhält das AJC 33 Büros in den USA, vier internationale Büros und 14 weitere Repräsentanzen in aller Welt.

AMERICAN JEWISH COMMITTEE

1967

Vierzig Jahre, nachdem Israel einen Krieg um sein Überleben geführt hat, ringt das Land noch immer mit dem Problem der Gebiete, in deren Besitz es mit dem Sechstagekrieg kam. Einerseits wünscht sich Israel, in Freiheit und Wohlstand mit seinen arabischen Nachbarn zusammenzuleben, und hat deshalb schon erhebliche Gebiete aufgegeben. Andererseits muss der jüdische Staat zunächst den ernsthaften Bedrohungen seiner Sicherheit begegnen, um sich für eine Rückgabe weiterer Gebiete ausreichend geschützt zu fühlen.

Der vierzigste Jahrestag des Sechstagekrieges bietet Gelegenheit, sich die Umstände zu vergegenwärtigen, unter denen Israel in den Besitz dieser Gebiete kam, Israels Entschlossenheit zu prüfen, Land gegen Frieden zu tauschen, und die gegenwärtige Lage zu analysieren.

Anders als es heute oft behauptet wird, führte Israel den Sechstagekrieg aus Notwendigkeit und nicht in aggressiver Absicht. Israel antwortete lediglich auf den erklärten Willen seiner Nachbarn, den jungen jüdischen Staat zu zerstören. Der unmittelbare Kriegs Anlass war die Sperrung der Straße von Tiran für israelische Schiffe, wie der amerikanische Präsident Lyndon Johnson nach dem Krieg bestätigte.

Darüber hinaus hat Israel beträchtliche Teile jener Gebiete im Interesse des Friedens bereits wieder aufgegeben. 1982 erhielt Ägypten den Sinai zurück, und 2005 erfolgte die Übergabe des Gazastreifens an die Palästinensische Autonomiebehörde. Im Jahr 2007 hält Israel noch die West Bank, wenn auch nur eingeschränkt, da ein großer Teil dieses Gebiets der Autonomiebehörde untersteht, sowie die Golan-Höhen. Aber wie schon in den Fällen Sinai und Gaza hat Israel auch für diese Gebiete seine Bereitschaft bekundet, Vereinbarungen zum Tausch von Land gegen Frieden zu treffen.

2007

Nachdem es ihnen 1948 nicht gelungen war, den jungen jüdischen Staat zu zerstören, bildeten die arabischen Staaten Ägypten, Syrien und Jordanien eine Koalition und mobilisierten ihre Streitkräfte für einen weiteren Versuch.

Im Mai 1967 vertrieb der ägyptische Präsident Gamal Abdel Nasser die Friedenstruppe der UNO aus der Wüste Sinai und ließ Tausende ägyptischer Soldaten mit Panzern in dieses Gebiet vorrücken. Nasser erklärte: „Unser höchstes Ziel ist die Vernichtung Israels. Das arabische Volk will kämpfen.“ Für Israel, an Soldaten und an Waffen unterlegen, stellte der bevorstehende arabische Angriff eine ernste Existenzbedrohung dar.



Der jordanische König Hussein (l.) und der ägyptische Präsident Gamal Abdel Nasser schlossen im Mai 1967 ein Verteidigungsbündnis und vollendeten damit die arabische Allianz zur Vorbereitung eines Vernichtungskrieges gegen Israel.

grundlose Aggression

Der syrische Verteidigungsminister Hafez Assad verkündete: „Unsere Streitkräfte sind jetzt vollständig darauf vorbereitet, nicht nur die Aggression zurückzuschlagen, sondern mit der Befreiung selbst zu beginnen und die zionistische Präsenz in unserer arabischen Heimat in die Luft zu sprengen.“ Als Ägypten und Syrien ihre Truppen an der israelischen Grenze aufmarschieren ließen, wurde Israel weithin wie ein David angesehen, der in den Kampf gegen einen Goliath zog.

Israel kämpft um seine Existenz

Am 22. Mai 1967 sperrte Ägypten unter Missachtung der internationalen Seerechtskonventionen die Straße von Tiran für alle israelischen Schiffe. Als Israel sich 1957 im Gegenzug für ein ägyptisches Nichtangriffsversprechen vom Sinai zurückgezogen hatte, hatte die israelische Regierung bereits klargestellt, dass eine Schließung dieser Straße, wie sie dem Suezkrieg vorausgegangen war, künftig als Kriegshandlung betrachtet werden würde. Für den israelischen Handel über das Rote Meer, vor allem für die Rohölimporte, war die Straße von Tiran von entscheidender Bedeutung.

Im Mai 1967 scheiterten alle diplomatischen Versuche der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und der Vereinten Nationen, Nasser dazu zu bewegen, die Straße wieder zu öffnen.

Da Israel nicht in der Lage war, die eigene Armee angesichts der arabischen Mobilisierung in permanenter Verteidigungsbereitschaft zu halten, und sich einem arabischen Militärbündnis gegenüber sah, dem nun Ägypten, Syrien, Jordanien und der Irak angehörten, führte es am 5. Juni 1967 ein Präventivschlag gegen Ägypten. Dabei zerstörte Israels Luftwaffe in einem morgentlichen Überraschungsangriff die ägyptische Luftflotte noch am Boden. Vier Tage später hatte die israelische Armee die ägyptischen Streitkräfte vom Sinai und vom Gazastreifen vertrieben und beide Gebiete eingenommen.



Der ägyptische Präsident Gamal Abdel Nasser wollte alle Araber im Namen seiner panarabischen Vision vereinen. Um die arabischen Staaten in den Krieg gegen Israel zu führen, schreckte er vor provozierenden Maßnahmen nicht zurück: er sperrte die Straße von Tiran für israelische Schiffe und zwang die Friedenstruppe der UNO zum Abzug vom Sinai.

Im Bemühen, keine Feindseligkeiten mit Jordanien entstehen zu lassen, ließ Israel am Morgen des 5. Juni König Hussein die Nachricht zukommen: „Israel wird Jordanien nicht – wir wiederholen: nicht – angreifen, wenn Jordanien sich ruhig verhält.“

Trotz dieser Botschaft, die von Odd Bull, einem General der UNO-Truppe, überbracht wurde, weigerte sich König Hussein, den geplanten Überfall abzubrechen. Jordanien griff Jerusalem sowie Ziele im Landesinnern an, bevor Israel Abwehrmaßnahmen einleitete, lehnte einen von der UNO vermittelten Waffenstillstand ab, und setzte stattdessen den Beschuss Israels fort. Daraufhin warf Israel die jordanischen Truppen bis hinter den Jordan zurück und nahm die Westbank in Besitz, ein Gebiet kleiner als New Jersey. In einem auf den Schutz aller heiligen Stätten bedachten, sorgfältig geplanten und durchgeführten Feldzug gelang es den Israelis, den westlichen Teil Jerusalems wieder mit dem



eine Friedensofferte,

aber König Hussein greift an

östlichen zu vereinigen, der von 1948 bis 1967 unter jordanischer Besatzung gestanden hatte.

Nun konnten die Juden zum ersten Mal seit 1948 wieder an der Klagemauer beten, der heiligsten Stätte des Judentums. Von 1948 bis 1967 hatte Jordanien den Israelis unter Verletzung des Waffenstillstandsabkommens von 1949 den freien Zugang zu ihren heiligen Stätten in Ostjerusalem verwehrt.

Seit dem Krieg und bis heute hat Israel dem islamischen Stiftungsrat Waqf die Aufsicht über die Moscheen auf dem Tempelberg überlassen, ungeachtet der Bedeutung dieses Orts für das Judentum.

Obwohl Israel versprach, Jordanien nicht anzugreifen, wenn das Königreich sich aus dem Krieg heraushalte, befahl Hussein seinen Truppen, am Überfall auf Israel teilzunehmen.

die dreifache Weigerung

kein Friede mit Israel
keine Verhandlungen mit Israel

keine Anerkennung Israels

Am 19. Juni 1967, also nur gut eine Woche, nachdem der jüdische Staat mit der Möglichkeit seiner Vernichtung konfrontiert worden war, kam das Kabinett überein, den Sinai und den Golan gegen ein Friedensabkommen an Ägypten respektive Syrien zurückzugeben.

„Alles ist verhandelbar“, sagte der israelische Außenminister Abba Eban.

Doch die arabischen Staaten, einig in ihrer kategorischen Ablehnung des Friedens, gaben ihre Antwort im September 1967 auf einer Gipfelkonferenz in Khartoum.

„Kein Friede mit Israel, keine Verhandlungen mit Israel und keine Anerkennung Israels.“

Damals gab es selbst unter arabischen Parteien noch keine Übereinstimmung in der Frage eines palästinensischen Staates, der auf der Westbank und im Gazastreifen zu gründen wäre, in jenen Gebieten also, die Israel soeben von Jordanien beziehungsweise Ägypten abgetrennt hatte. Das Programm der Palästinensischen Befreiungsorganisation, wie es in der Palästinensischen Nationalcharta formuliert worden war, rief zum „bewaffneten Kampf“ auf, um „ganz Palästina“ zu befreien, einschließlich des israelischen Staatsgebietes.

In diesem Zusammenhang sollte man daran erinnern, dass die PLO 1964 gegründet wurde, also drei Jahre vor dem Sechstagekrieg. Ihre raison d'être: die Vernichtung Israels.

1947 akzeptierte Israel den Plan der UNO, der in Palästina einen jüdischen und einen arabischen Staat



vorsah. Er wurde von den arabischen Regierungen abgelehnt. Nach dem israelischen Unabhängigkeitskrieg wurde die Westbank von Jordanien und der Gazastreifen von Ägypten besetzt. Keine der beiden Mächte dachte daran, dort einen palästinensischen Staat zu gründen.

Seit ihrer Gründung im Jahr 1964 verschieb sich die PLO der Befreiung ganz Palästinas, einschließlich des Territoriums des Staates Israel, den sie nicht anerkannte.

1977



1977 stattete der ägyptische Präsident Anwar Sadat dem israelischen Parlament einen Besuch von historischer Bedeutung ab und sprach den Wunsch Ägyptens aus, mit Israel Frieden zu schließen.

Sadat kommt nach Jerusalem

Im November 1977 kam der ägyptische Präsident Anwar Sadat als erster arabischer Staatsmann zu einem offiziellen Besuch nach Israel und hielt eine Rede vor dem Parlament.

Sadat brachte den Wunsch Ägyptens nach Frieden mit Israel zum Ausdruck. Weniger als zwei Jahre später, im März 1979, schlossen Ägypten und Israel einen Friedensvertrag und normalisierten ihre Beziehungen.

Israel zog sich im Austausch für Frieden aus der gesamten Wüste Sinai zurück (die dreimal so groß ist wie Israel), gab seine dortigen strategischen Positionen auf, räumte seine Luftwaffenstützpunkte und Siedlungen und opferte die Ölquellen, die es dort entdeckt hatte.

die Verträge von Oslo

1993

Seit 1967 verwaltete Israel die Westbank und den Gazastreifen und regelte die Angelegenheiten der dort ansässigen palästinensischen Bevölkerung. Auch wenn die Palästinenser, verglichen mit ihren Erfahrungen unter ägyptischer bzw. jordanischer Hoheit, wesentliche Verbesserungen ihrer alltäglichen Lebensumstände erleben konnten, strebten sie weiterhin nach Selbstbestimmung.



Mit dem Abkommen von Oslo setzten Israel und die PLO eine palästinensische Regierung ein, die die Verantwortung für die palästinensischen Angelegenheiten übernahm.

1988 gab Jordanien den Anspruch auf die Westbank auf und überließ es der PLO, die palästinensischen Interessen zu vertreten.

Im September 1993 unterzeichneten Israel und die PLO die Verträge von Oslo. Zum ersten Mal in der Geschichte wurde eine palästinensische Regierung geschaffen, die Palästinensische Autonomiebehörde, die allmählich die Kontrolle über die öffentlichen Angelegenheiten übernahm. Diese Vereinbarung sollte zu Gesprächen über den endgültigen Status der palästinensischen Gebiete führen.

Im Gegenzug für ihre Anerkennung durch Israel versprach die PLO, der Gewalt als „legitimem Mittel des Widerstands“ gegen den jüdischen Staat abzuschwören. Dennoch verübten palästinensische Extremisten, unter ihnen Mitglieder der Hamas und des Islamischen Jihad, zahlreiche Terroranschläge auf israelische Bürger.

Als Resultat der Vereinbarungen von Oslo unterzeichneten Israel und Jordanien 1994 einen Friedensvertrag und normalisierten ihre Beziehungen vollständig.

Israelis wie Palästinenser hegten damals große Hoffnungen auf eine vollständige und dauerhafte Beilegung ihres Konflikts.

Arafat weist beispiellose Angebote zurück,

Gewalt ist die Folge

2000

Mit dem Ziel, die israelische Präsenz in der Westbank und im Gazastreifen zu beenden, machte Premierminister Ehud Barak im Juli 2000 in Camp David das Angebot eines palästinensischen Staates, dessen Gebiet den ganzen Gazastreifen, mehr als 90 Prozent der Westbank sowie Ostjerusalem als Hauptstadt umfassen sollte.

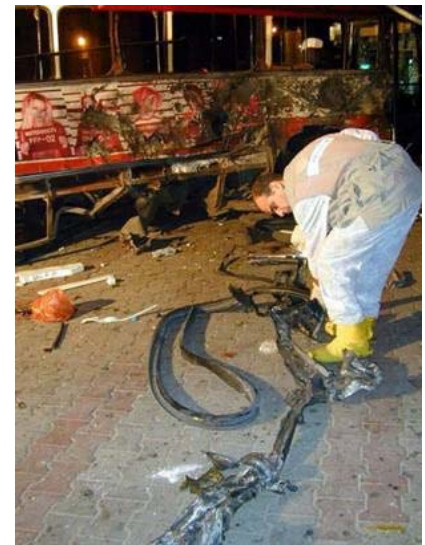
Doch Yassir Arafat, der Vorsitzende der Palästinensischen Autonomiebehörde, lehnte dieses Angebot ab. In Anwesenheit Präsident Clintons erweiterte Barak es einige Monate später sogar auf 97 Prozent der Westbank; außerdem sollten die Palästinenser die Hoheitsgewalt über den Tempelberg, den Ort der

antiken jüdischen Tempel, erhalten. Doch auch dieses Angebot wies Arafat zurück, wie Präsident Clinton bestätigte.

Trotz der folgenden gewalttätigen Intifada hat jeder der letzten drei israelischen Premierminister – Ehud Barak, Ariel Sharon und Ehud Olmert – die Gründung eines palästinensischen Staates an der Seite Israels befürwortet.

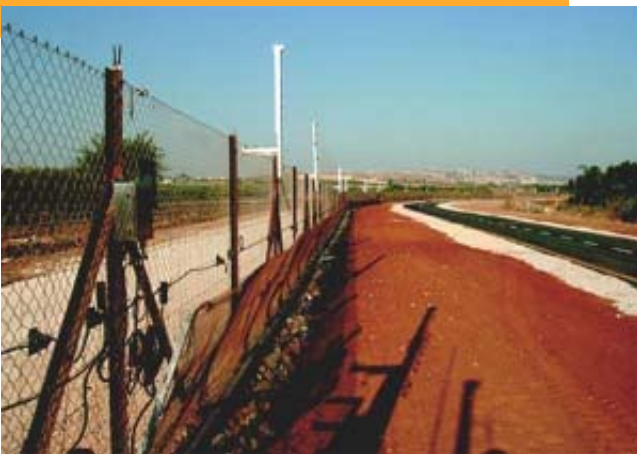
Statt aber den israelischen Friedensplan aufzugreifen, lehnte Arafat das Angebot nicht nur ab, sondern unterstützte sogar die Gewalt gegen Israel, die im September 2000 den Auftakt zu einer Terrorperiode, der so genannten „Zweite Intifada“, bildete. Während der Zweiten Intifada wurden mehr als 1.000 Israelis getötet und fast 8.000 verletzt.

Nachdem er ein großzügiges israelisches Friedensangebot abgelehnt hatte, unterstützte Yassir Arafat die Zweite Intifada, eine Terrorkampagne, der mehr als tausend Israelis zum Opfer fielen.



Um sich vor den wahllosen Terrorangriffen auf Männer, Frauen und Kinder während der Intifada zu schützen, begann Israel im Jahr 2002, eine Sicherheitsbarriere zu errichten. Sie verläuft zum größten Teil entlang der Grünen Linie, die die Westbank vom israelischen Kernland trennt. Auf 97 Prozent ihrer Länge besteht diese Grenze aus einem Maschendrahtzaun. Nur auf drei Prozent dient eine Betonmauer dazu, den Beschuss israelischer Zivilisten in dicht besiedelten Gebieten zu verhindern.

Auch wenn der Sicherheitszaun keine Ideallösung darstellt, hat Israel sich sehr darum bemüht, das Lebensrecht der eigenen Bürger und das Recht der



der Sicherheitszaun

Palästinenser auf Bewegungsfreiheit gegeneinander abzuwägen. Dutzende von Grenzübergängen erlauben es den Palästinensern, von einer Seite auf die andere zu gelangen und ihre Waren hin- und herzutransportieren. In mehreren Fällen hat der oberste israelische Gerichtshof ungeachtet eventueller Sicherheitsrisiken die Versetzung des Zauns angeordnet, wenn dieser das Land palästinensischer Bauern durchtrennt hatte.

Im Jahr 2003, ein Jahr nach Baubeginn, kamen nur noch halb so viele israelische Bürger bei Terroranschlägen ums Leben wie im Jahr zuvor.

Um den von palästinensischem Gebiet ausgehenden Terrorangriffen zu begegnen, begann Israel im Jahr 2002 mit dem Bau eines Sicherheitszauns.

einseitiger Rückzug

Um einen Streitpunkt zwischen den Israelis und den Palästinensern zu beseitigen und dem Frieden eine Chance zu geben, ließ Premierminister Ariel Sharon im Sommer 2005 alle Siedlungen im Gazastreifen und vier Siedlungen im Norden der Westbank räumen. 10.000 israelische Zivilisten waren von dieser Maßnahme betroffen. Außerdem wurden die israelischen Truppen aus Gaza abgezogen.

2005

Doch statt die Gelegenheit dieser neuen Autonomie zu nutzen, um die Situation der Palästinenser in Gaza zu verbessern, verlor die Palästinensische Autonomiebehörde die Kontrolle über die Macht.

Die Gewalt ist seitdem eskaliert, weil Anhänger rivalisierender Fraktionen sich immer weiter gegenseitig umbringen. Armut und Arbeitslosigkeit haben rapide zugenommen. Terrorgruppen feuern Kassam-Raketen von Gaza auf Zivilisten im Süden Israels und schmuggeln modernes Waffenmaterial, u.a. militärischen Sprengstoff, Boden-Luft-Raketen und Panzerfäuste, aus Ägypten ein.



Den einseitigen israelischen Rückzug aus Gaza im Jahr 2005 beantworteten die Palästinenser mit vermehrter mörderischer Gewalt und mit Angriffen auf Israel.

Der Abzug aus dem Gazastreifen verdeutlicht das Risiko, mit dem Israel sich konfrontiert sieht, wenn es ein Gebiet preisgibt, ohne verlässliche Sicherheitsgarantien zu bekommen. Heute mag sich die israelische Besetzung der Westbank für die palästinensische Zivilbevölkerung schwierig gestalten, aber solange es auf ihrer Seite keinen glaubwürdigen Partner für den Frieden gibt, hat Israel keine andere Möglichkeit, als abzuwarten.

Viele Israelis würden die Besetzung der Westbank lieber heute als morgen beenden; aber der Terror, der von palästinensischem Gebiet, oft in der Nachbarschaft israelischer Städte und Dörfer, ausgeht, macht Sicherheitsmaßnahmen wie etwa die Checkpoints auch weiterhin unentbehrlich.

Zudem haben sich die Lebensumstände der gewöhnlichen Palästinenser in den Jahren von 1967 bis 1994, als Gaza und die Westbank unter israelischer Verwaltung standen, tatsächlich verbessert. Universitäten wurden eröffnet, die Palästinenser hatten Teil an neuen landwirtschaftlichen Techniken aus Israel, zeitgemäßer Komfort hielt allmählich Einzug, und das Gesundheitssystem wurde entscheidend verbessert.

Heute können fast 92 Prozent der Palästinenser in der Westbank lesen und schreiben, und die durch-

Die Realität der Besetzung

schnittliche Lebenserwartung liegt bei 73 Jahren. Solche Daten bezeugen den großen Fortschritt seit den Sechziger Jahren und der jordanischen Herrschaft. Auch wenn sich das tägliche Leben für die Palästinenser schwierig gestaltet, so hat es doch nichts mit „Apartheid“ zu tun - ein Vorwurf, der aus politischen Gründen immer wieder erhoben wird, um ein falsches Bild von der Situation in Umlauf zu bringen.



Palästinensische Studenten besuchen eine Universität, die während der Besetzungszeit gebaut wurde. Vorher gab es für sie keine höheren Bildungsinstitute.

Fazit

Die Wahl der letzten drei Premierminister hat bewiesen, dass die meisten Israelis mit Entschiedenheit für eine Zweistaatenlösung eintreten: Palästina und Israel. Aber Israel kann an der Verwirklichung dieser Vision nur dann mitwirken, wenn es glaubwürdige Partner hat, die sie teilen.

Die Hamas jedoch, die zurzeit die Mehrheit in der palästinensischen Einheitsregierung innehat, will einen ungeteilten islamischen Staat, basierend auf dem islamischen Recht der Sharia. Wenn sich vertrauenswürdige Partner finden, die bereit sind, in guter Absicht über eine Zweistaatenlösung zu verhandeln, dann wird Frieden unweigerlich Einzug halten.

2007

